

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Klaus Adelt

Abg. Tobias Reiß

Abg. Johannes Becher

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Karl Straub

Abg. Gabriele Triebel

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Robert Riedl

Abg. Martin Mittag

Staatsminister Joachim Herrmann

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion**  
**"Statt destruktiver Oppositionspolitik in Berlin: Hausaufgaben in Bayern machen und Kommunen für Herausforderungen rüsten!"**

Sie kennen das Prozedere: Grundsätzlich hat jede Rednerin bzw. jeder Redner fünf Minuten Redezeit; bei nur einem Redner sind es zehn Minuten Redezeit. Die fraktionslosen Kollegen können je zwei Minuten reden. – Der erste Redner ist nun der Kollege Klaus Adelt für die SPD-Fraktion. Herr Adelt, das Rednerpult wartet auf Sie. Bitte schön.

**Klaus Adelt (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ursprüngliche Tagesordnung lautete für den Tagesordnungspunkt auf 14:00 Uhr, Beginn der Plenarsitzung. Mit der Aktuellen Stunde sind wir jetzt fast ein wenig spät dran. Die Regierungserklärung war aber durchaus wichtig.

Ich komme zum Thema. Alle Vorredner, fast alle, haben es gesagt: Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Der Tyrann Putin zwingt seinem Land und seinen Leuten einen Krieg auf. Er überfällt die Ukraine, deren einziges "Vergehen" es ist, sich für Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung entschieden zu haben.

Es sterben Menschen: Männer, Frauen und Kinder. Städte werden ohne Rücksicht auf Verluste bombardiert. Geburtskliniken, Kernkraftwerke, Trinkwasserstauseen und ebenso Wohnsiedlungen sind die Ziele. Wir können hier nicht einmal ansatzweise erahnen, was die Menschen in der Ukraine derzeit erleiden müssen. Ich denke hier besonders an die Soldaten, die Frau, Kind, Mutter und andere auf den Weg in den Westen schicken, jedoch selber in der Ukraine verbleiben, um dort zu kämpfen, wohl wissend, dass sie ihre Familie möglicherweise nie mehr wiedersehen werden. Ihnen allen gilt unser Mitgefühl und unsere Solidarität, genauso aber auch der russischen Opposition, die sich gegen Putin wendet. Wir haben gestern eine mutige Oppositionelle im russischen Fernsehen gesehen.

(Beifall bei der SPD)

Es gilt jetzt, zu beweisen, dass die Demokratie stärker ist als die Tyrannei. Die überwältigende Solidarität vor Ort in den Gemeinden ist ein Lichtblick in düsterer Zeit. Dieses gesellschaftliche Engagement hat uns alle erfasst. Bundeskanzler Scholz hat zu Recht im Bundestag von einer Zeitenwende gesprochen, die uns als Gesellschaft herausfordert. Herr Merz hat das verstanden. Bei unserem Ministerpräsidenten war ich guter Hoffnung, dass er auf diesem Weg ist. Manche seiner Äußerungen haben mich aber eines Besseren belehrt; denn er betreibt weiterhin das bekannte Berlin-Bashing und sein Bashing der SPD.

Nur einige Beispiele zur Russlandpolitik: Er ist sich nicht zu schade, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Gerhard Schröder und Angela Merkel zu zitieren, vergisst dabei aber gern den Putin-Kuschler Seehofer.

(Zuruf)

– Herr Seehofer? Der noch nicht. Es ist ja die Nähe der Bayern zu Putin gewesen.

(Zuruf: Da ist aber Herr Schröder näher!)

– Das ist er immer noch. – Die SPD sei an der schlechten Ausstattung der Bundeswehr schuld. Heute hat er zumindest zugegeben, dass manche Dinge während der Regierungszeit der Großen Koalition nicht passiert sind. Ich kann mich an unseren Oberfranken zu Guttenberg erinnern, der damals den Ausstieg aus der Wehrpflicht propagiert hat.

Die Russlandpolitik der letzten Jahre hat sich auf viele falsche Annahmen gegründet. Es muss sich nun jeder an die eigene Brust fassen und sich fragen, ob wir die Sache nicht doch falsch eingeschätzt haben. Es nützt aber nichts, wir müssen jetzt zusammenstehen. Wir brauchen Sachpolitik und keine Schlagzeilen.

Ich denke hier an die Situation in den Kommunen. Die Zahlen sind eindeutig: Zweieinhalb Millionen Menschen sind aus der Ukraine geflohen, Frauen und Kinder, Junge und Alte. 150.000 Menschen sind bisher in Deutschland angekommen, in Bayern sind es über 45.000. Damit gehen viele Herausforderungen logistischer, sozialer und nicht zuletzt finanzieller Art einher. Das Ausmaß ist noch nicht abzuschätzen.

Ich gebe drei Beispiele: In München kommen wöchentlich mindestens etwa 7.000 Geflüchtete an. Man hat deshalb kurzfristig 2.000 Schlafplätze in der Münchener Messe geschaffen. Das kann kein Dauerzustand sein. Bei uns in Hof haben 300 Mitbürgerinnen und Mitbürger ukrainische Wurzeln. Wir sind unter den Top Five der ukrainischen Communities. In einer Woche werden es über 500 Geflüchtete sein – und das gerade einmal drei Wochen nach Beginn der Kriegshandlungen. Nürnberg ist ebenfalls unter den Top Five. Die Stadt pflegt intensive Beziehungen in die Ukraine, etwa nach Char-kiw, und ist hilfsbereit an allen Ecken und Enden.

Die Städte und Gemeinden tun alles, damit diejenigen, die ankommen, gut aufgenommen werden. Es wurde bereits erwähnt: Das Bayerische Rote Kreuz, das THW usw., sie alle sind tätig. Es gibt auch einige Kolleginnen und Kollegen, die heute abwesend sind, weil sie gerade in einer Mission unterwegs sind. Den Ehrenamtlichen gebührt unser aller Dank; denn ohne ihre Unterstützung wären wir aufgeschmissen. Diese Hilfsbereitschaft gibt es schon seit längerer Zeit.

Es braucht eine Verteilung der Geflüchteten. Das wurde schon angemahnt. Die Innenministerin hat zugesagt, dass das nach dem Königsteiner Schlüssel ablaufen wird. Viele Gemeinden, wie Pfeffenhausen und andere, organisieren eigenverantwortlich Hilfe für die Geflüchteten. Hier werden klare Handlungsempfehlungen benötigt.

Weitaus wichtiger sind aber Schulen und Kitas. Die Schulen müssen die Rahmenbedingungen für bestmögliche Betreuung erhalten. Sie sind personell ausgedünnt, auch durch Corona. Es fehlt an Raum. Der Ruf nach zeitweise höherer Gruppenstärke ist zwar verständlich; das ist aber nicht auf Dauer gedacht. Auch die Schulaufwandsträ-

ger brauchen bei der Beschaffung von Räumen Unterstützung. Corona kommt noch hinzu. Ich habe die Mitteilung erhalten, dass beispielsweise eine große Stadt im Norden Bayerns durch Corona und den Ukraine-Konflikt personell am Ende ist.

Die Kommunen wollen dies stemmen, und sie können es auch. Sie brauchen dafür unbürokratische Finanzhilfen. Der Ministerpräsident hat vorhin angekündigt, dass die Auszahlung nach der Abrechnung erfolgt. Das ist zu spät; denn wer weiß schon, wann die Abrechnung gemacht werden kann, wann der Krieg zu Ende sein wird und wann die Zahl der Geflüchteten abnimmt. Die Hilfen müssen jetzt kommen! Markus Söder kann sich beim Nürnberger Oberbürgermeister einmal erkundigen, wie knapp die Haushalte bereits sind, die dadurch jetzt noch zusätzlich belastet werden. Das Geld dafür wäre vorhanden. Die Corona-Sonderfonds sind noch nicht ausgeschöpft. So könnte man die Kommunen relativ kurzfristig mit finanziellen Mitteln unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Noch besser wäre es natürlich, den Satz im kommunalen Finanzausgleich von 12,75 % auf 15 % anzuheben. Dazu werden wir uns aber morgen und in den nächsten Tagen noch unterhalten.

Neben allen finanziellen Mitteln brauchen unsere Gemeinden eine Struktur, wie es in Kitas und Schulen mit der Betreuung und Unterbringung weitergehen soll. Die Perspektive sind langfristige Lösungen. Sieht man sich die erschreckenden Bilder aus der Ukraine an, so glaube ich nicht, dass alle Geflüchteten irgendwann einmal in die Ukraine zurückkehren werden, weil die Häuser und die Infrastruktur kaputt sind. Nichts geht mehr. Was machen wir dann mit den Menschen, die hierbleiben? Wir müssen Wohnraum schaffen, obwohl wir ohnehin viel zu wenig davon haben. Viele wollen bleiben. Sie müssen und können integriert werden. Dies sind riesengroße Aufgaben.

Was bezahlbaren Wohnraum betrifft, geht die Immobilienwirtschaft davon aus, dass wir zusätzlich 500.000 Wohnungen brauchen werden. Dies ist eine Mammutaufgabe. Hier darf es nicht bei vollmundigen Ankündigungen bleiben. Als Beispiel nenne ich

BayernHeim. Ich habe die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben, dass sie vielleicht noch in Gang kommt. Wir brauchen mehr Mittel für die Wohnraumförderung. Der Bund handelt. Wann zieht Bayern nach? Wann kommt das Baulandmobilisierungsgesetz? Herr Kollege Bernreiter ist im Moment nicht anwesend, aber ich setze sehr darauf. Auch brauchen die Kommunen mehr Handlungsspielraum im Zuge der Reform des Baugesetzbuches. Hier möchte ich einen Paragraphen erwähnen, der uns weiterhilft: Der Flüchtlingsparagraf, der 2015/2016 ins Baugesetzbuch eingeführt worden ist, würde die Errichtung von Ersatzbauten in einer stark eingeschränkten Bauleitplanung kurzfristig ermöglichen. Diesen Paragraphen gibt es nach wie vor, er muss nur in Kraft gesetzt werden. Wenn ich daran denke, wie schnell in den Achtzigerjahren Wohnraum für die Spätaussiedler geschaffen worden ist, stelle ich fest, dies war eine super Sache. Dies könnte man jetzt wiederholen.

Ich komme zum Schluss: Jede Krise führt vor Augen, welche Fehler wir in der Vergangenheit begangen haben und wo nur halbherzig gehandelt wurde, als entschlossenes Handeln gefragt war. Es gibt hier sehr vieles – Florian von Brunn und andere Redner haben es aufgezeigt –, aber das ständige Wiederkäuen nützt uns nichts. Egal, was in der letzten Zeit passiert ist, die Kommunen werden es auch in diesem Fall irgendwie richten, so wie sie es immer getan haben, zusammen mit den Hilfsorganisationen, den Wohlfahrtsverbänden, BRK und THW, mit professionellem und unkonventionellem Einsatz.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit.

**Klaus Adelt (SPD):** Ich muss mich entschuldigen. Die Uhr geht falsch. Sie geht zu schnell. – Ich danke der kommunalen Familie für die geräuschlose solidarische Hilfe vor Ort. Ich könnte noch ein Zitat von Winston Churchill anfügen.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, die Redezeit ist zu Ende. Ich glaube, wir lesen Ihr Zitat nach.

(Zuruf)

**Klaus Adelt (SPD):** Ich komme damit zum Schluss und werde das Zitat dann bei meiner nächsten Rede bringen.

(Zuruf: Oh! – Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön.

**Klaus Adelt (SPD):** Das Zitat wäre von Winston Churchill gewesen. Ein Oberfranke.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, Sie haben uns alle sehr neugierig auf Ihre nächste Rede gemacht.

(Heiterkeit)

Das Wort hat nun Herr Kollege Tobias Reiß von der CSU-Fraktion. – Herr Reiß, Sie haben das Wort.

**Tobias Reiß (CSU):** Lieber Herr Präsident! Leider hat mir Klaus Adelt sein Zitat von Winston Churchill nicht geliehen, sonst hätte ich es zum Besten geben können.

Lieber Klaus Adelt, wenn ich die Überschrift eurer Aktuellen Stunde lese und mir deine wohltemperierte Rede anhöre, würde ich fast dazu neigen, die Überschrift von "destruktiver Oppositionspolitik in Berlin" abzuändern in "Konstruktive Oppositionspolitik in Bayern: Die Hausaufgaben sind gemacht und die Kommunen für Herausforderungen gut gerüstet." Dies, glaube ich, könnte man auch unter deine Rede schreiben.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe dir recht: Du hast die immensen Herausforderungen der Krise, den brutalen Krieg in der Ukraine und die entsprechenden Auswirkungen eindringlich geschildert. Diese erfordern einen staatspolitischen Schulterschluss von uns allen, sollten aber auch dazu führen, dass es keine destruktiven Taschenspielertricks der Ampel-Regierung gibt.

Ich beginne mit dem Infektionsschutzgesetz – liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Corona- und die Ukraine-Krise gilt das gleichermaßen –, es ist eine Einigung der Ampelkoalition zulasten der Länder. Herr Lauterbach ist der große Angstmacher und Warner vor Sommerwellen und konnte sich jetzt offensichtlich nicht gegen die FDP durchsetzen. Seine Vereinbarung mit Justizminister Buschmann ist eine Vereinbarung zulasten Dritter. Die "Ampelmännchen" können sich nicht auf sinnvolle Maßnahmen einigen. Die Länder sollen für diesen bundesweiten Ausfall der Ampel jetzt auf Basis unklarer Regeln den Schutzmann stellen. Das sind tatsächlich Taschenspielertricks, lieber Klaus. Dies empfinde ich auch ein Stück weit als destruktiv.

Ein anderes Beispiel auf Bundesebene: Der FDP-Finanzminister hat 60 Milliarden Euro, die aus Corona-Krediten nicht ausgeschöpft wurden, einfach auf die hohe Kante gelegt und will sie jetzt für Klimaschutz und Digitalisierung einsetzen. Damit werden einfach so 60 Milliarden Euro an der Schuldenbremse vorbeigeschleust. Das ist unserer Meinung nach mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Darauf haben wir auch auf Bundesebene wiederholt hingewiesen. Deshalb lassen wir diesen Nachtragshaushalt nun vom Bundesverfassungsgericht überprüfen. Ich wüsste aber nicht, inwieweit dies destruktiv wäre. Ich denke daran, wie zum Beispiel hier im Bayerischen Landtag die Änderung des Polizeiaufgabengesetzes dazu führt, dass ihr immer wieder mal einen Antrag beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof stellt, wie es jüngst wieder geschah. Dies würde ich auch nicht als destruktiv bezeichnen; es gehört zum politischen Alltag.

Nun komme ich zur Ukraine-Krise und hier insbesondere zur jahrelangen Blockadehaltung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, liebe SPD, und das nicht nur in der Opposition, sondern sogar in der Bundesregierung. Immer wieder haben SPD-Politiker wie Mützenich, Esken oder Walter-Borjans die Abkehr vom Zwei-Prozent-Ziel der NATO gefordert und diese Idee als absurd bezeichnet. Scholz war als Finanzminister nie bereit, hierfür auch nur einen Euro mehr auszugeben und in die Bundeswehr zu investieren. Jeder Vorstoß der Union wurde als Aufrüstung und Kriegstreiberei ge-



brandmarkt. Wozu diese Haltung geführt hat, müssen wir heute leider schmerzlich erkennen.

Am 27. Februar 2022 hat der Bundeskanzler eine Zeitenwende der deutschen und der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik im Deutschen Bundestag verkündet. Er hat angekündigt, es wird ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro geben. Zukünftig sollen auch mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Verteidigungs-etat fließen, so wie die NATO-Mitgliedsstaaten das seit Jahren vereinbart haben und wie wir, die Union, das seit Jahren fordern, was am Widerstand der SPD aber immer gescheitert ist. Friedrich Merz hat das als neuer Fraktionsvorsitzender aber ausdrücklich gelobt und unsere Zustimmung signalisiert, ebenso wie unser Ministerpräsident, der hier ebenfalls seine Unterstützung angeboten hat. Ich kann nicht erkennen, was hieran destruktiv sein soll.

Wenn wir jetzt die Vorlage eines konkreten Plans zur besseren Aufstellung der Bundeswehr verlangen, dann ist auch das unsere Aufgabe. Die Staatsregierung hat dafür im Bundesrat bereits eine entsprechende Liste eingereicht. Es geht darum, tatsächlich schnell in die richtigen Maßnahmen zu investieren.

Zur Unterbringung und zur Verteilung der Flüchtlinge ist zu sagen, dass auch hier der Freistaat Bayern Erhebliches leistet. Von den 150.000 Flüchtlingen, die bisher in Deutschland angekommen sind, sind 50.000 und damit fast ein Drittel der Schutzsuchenden in Bayern. Das stellt uns vor extremste Herausforderungen. An dieser Stelle möchte ich Joachim Herrmann sehr herzlich danken, der als Innenminister im Verbund mit Oberbürgermeistern und Landräten, im Verbund mit den Kommunen, bereits die richtigen Weichen gestellt hat. Viele ehrenamtliche Helfer und Menschen haben sich bereit erklärt, Flüchtlinge privat unterzubringen. Bayern hilft, Bayern organisiert, und dafür sage ich vom Innenminister bis zu jedem Bürgermeister und zu jedem ehrenamtlichen Helfer ein herzliches Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben den Katastrophenfall erweitert, um effizient handeln zu können. Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin hat sich darüber beschwert, dass es bisher keine gerechte Verteilung von Schutzsuchenden in Europa und in Deutschland gibt. Trotzdem lehnt sie es bis heute ab, selbst den Katastrophenfall auszurufen. Auch das wird von euch doch sicher nicht als destruktiv angesehen. Der Bund hat jedenfalls unseres Erachtens die Verteilung viel zu lange einfach laufen lassen.

Bundesverkehrsminister Wissing hat am Wochenende noch verkündet, die Menschen seien frei. – Natürlich sind die Ukrainerinnen und Ukrainer, die zu uns kommen, frei. Sie haben in den 90 Tagen die Möglichkeit, sich überall frei aufzuhalten. Wer aber in eine staatliche Unterkunft will, der unterliegt natürlich der Verteilung nach dem Aufenthaltsgesetz und muss sich deshalb registrieren lassen.

Klaus Adelt hat es angesprochen: Die Berliner waren überlastet, die Hamburger, die Münchner. Auch hier hat Joachim Herrmann gemeinsam mit Oberbürgermeister Reiter einen Schulterschluss gesucht und gefordert, die Bundesregierung und insbesondere Bundesinnenministerin Faeser sollen sich kümmern und zentral steuern. Das ist die konstruktive Politik Bayerns. Darauf wird Kollege Karl Straub sicher noch näher eingehen. Wir unterstützen die Kommunen jedenfalls nicht nur in der Ukraine-Krise massiv. Wenn man allein die Finanzausstattung anschaut, betrug der Finanzausgleich 2020 über 10 Milliarden Euro. 2021 ist er erneut gestiegen auf 10,31 Milliarden Euro. Wir haben die Gewerbesteuer ausfälle mit rund 1,3 Milliarden Euro gemeinsam mit dem Bund übernommen, der damals noch 2,4 Milliarden Euro geschultert hat. 2021 kommt der Bund dieser Aufgabe nicht mehr nach und entzieht sich dieser Verantwortung. Wir, der Freistaat, schultern den Ausgleich dann eben alleine mit 330 Millionen Euro. Auch der kommunale Finanzausgleich 2022 bringt wieder eine Erhöhung auf 10,56 Milliarden Euro. Wir statten unsere Kommunen entsprechend aus.

Das Thema Energie wird Herr Kollege Martin Mittag sicherlich ansprechen. Das kann ich jetzt weglassen. Wir, die CSU, fordern hier jedenfalls eine spürbare Entlastung der Bürger und keinen Tankrabatt à la Lindner. Wir brauchen hier kein bürokratisches Ra-

battmarkensystem, sondern effiziente Steuersenkungen, die bei den Leuten und bei den energieintensiven Unternehmen auch ankommen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Arbeit ist nicht destruktiv. Vielmehr ist alles, was wir vornehmen, äußerst konstruktiv. Wir leisten im Bund konstruktive Oppositionsarbeit und hier im Freistaat engagierte Regierungsarbeit in der Regierungskoalition. Der brutale Krieg in der Ukraine, die erforderlichen Sanktionsmaßnahmen und die vielen Geflüchteten werden uns in Zukunft tatsächlich noch sehr, sehr fordern, und zwar in den Kommunen genauso wie in den Schulen und in vielen Unternehmen bei der Bewältigung der hohen Energiepreise. Ich kann uns hier nur alle zu einer konstruktiven und ernsthaften Zusammenarbeit auffordern. Das erwarten die Menschen in diesen Zeiten zu Recht von uns.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist Herr Kollege Johannes Becher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vizepräsident! In der heutigen dreieinhalbstündigen Debatte zur Regierungserklärung, aber auch jetzt, habe ich viel zur Zusammenarbeit und zum staatspolitischen Schulterschluss gehört. Doch im nächsten Satz hat Herr Kollege Reiß von den "Ampelmännchen" gesprochen und von "destruktiven Taschenspielertricks". Er hat zehn Minuten lang das ausgeführt, was wir schon die ganze Zeit über hören, nämlich: Die Ampel ist schuld an allem und jedem. – Da stellt sich für mich in Anbetracht der Lage in den Kommunen und vor Ort dann schon die Frage, ob wir ernsthaft so reden können. Ich habe vorhin mit jemandem telefoniert, der hat gerade noch Feldbetten aufgebaut. Der schaut sich dann so eine Debatte an, aber wir haben nichts Besseres zu tun, als wechselseitige Schuldzuweisungen zu machen. Hilft das den Kommunen vor Ort weiter? – Ich glaube nicht. Ich glaube, das wird dem Ernst der Lage, in der wir uns befinden, nicht gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Klaus Adelt hat gesagt: Die Kommunen schaffen das. – Freilich, was bleibt uns anderes übrig? Das müssen wir doch. Aber wenn man sich dann einmal anschaut: Corona-Pandemie, Klimakrise, Krieg in Europa, Flucht, Suche nach Schutz – jeder hilft, wie er irgend helfen kann. Wir sind seit über zwei Jahren in einem Katastrophenmodus, in einem dauerhaften Katastrophenmodus, und das sind wir auf unbestimmte Zeit. Diese Probleme schlagen vor Ort auf, in den Kommunen, bei den Ehrenamtlichen, bei den Hilfsorganisationen bis hin zur Kita. Diese Probleme oder Herausforderungen oder wie auch immer man dazu sagen möchte sind am Ende so groß, dass sie eine Ebene alleine gar nicht lösen kann. Sie können nur gemeistert werden, wenn die verschiedenen Ebenen anfangen, zusammenzuarbeiten, anstatt wechselseitige Schuldzuweisungen zu betreiben, meine Damen und Herren. Ich glaube, es wäre höchste Zeit, dass wir dort wieder hinkommen. Dann werden wir feststellen, dass die Lage so ernst ist, dass wir kurzfristige pragmatische Notlösungen brauchen, aber langfristig echte, nachhaltige Lösungen für die vielen Themen finden müssen. Wir brauchen einen Wettbewerb der besten Ideen und nicht einen Wettbewerb der besten Schuldzuweisungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Lage der Flüchtlinge an den Großbahnhöfen ist ernst, und für den Erfolg ist es ganz entscheidend, dass wir sie in die Fläche verteilen können, in die Landkreise. Es reicht da nicht, über die Kommunen die Nase zu rümpfen oder nette Pressetermine durchzuführen, bei denen man kritisiert. Wir müssen stattdessen die Ärmel hochkrempeln und versuchen, dorthin zu verteilen, wo es gerade nur irgendwie geht, um die Situation zu meistern. Das muss in enger Abstimmung mit den Kommunen und nicht nur mit den unteren Staatsbehörden, mit den Landratsämtern geschehen. Die sind wichtig, aber wir müssen es auch mit den Kommunen tun, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Das ist insbesondere deshalb notwendig, weil wir uns schwertun, einen Überblick über die Lage zu gewinnen. Vieles findet privat statt, vieles wird im-

provisiert. Vor Ort wissen wir nicht genau, wie viele Menschen morgen kommen, übermorgen und nächste Woche, wie viele wir unterbringen müssen. Natürlich wäre es hilfreich, wenn wir für eine solche Katastrophensituation einen Plan hätten, aber das scheint eher nicht der Fall zu sein. Das heißt, wir müssen das Beste daraus machen. Ganz entscheidend dafür ist eine enge Abstimmung und eine klare Krisenkommunikation.

Wir haben Erfahrungen aus dem Jahr 2015; von denen profitieren wir jetzt vor Ort. Im Endeffekt ist es aber die Arbeitsebene, die unterste Ebene, die das ganze Problem schultert. Wichtigste Themen für die Kommunen, die unteren Ebenen sind die Entbürokratisierung und die Finanzierung. Ich möchte einen Fall der Entbürokratisierung ansprechen. Wir müssen Wohnraum anmieten, wo immer wir den gerade finden. Es werden nämlich noch viele kommen, darüber brauchen wir uns keine Illusionen zu machen. Ich glaube nicht, dass der Krieg nächste Woche vorbei ist. Sie sind erst der Anfang von denen, die noch kommen. Wenn ich dann heute in einem Gespräch, aus dem Katastrophenstab vor Ort, höre, dass es Studentenwohnungen gibt, die leer stehen, und jetzt erst einmal geprüft werden muss, ob es förderschädlich ist, wenn wir dort ukrainische Frauen und Kinder unterbringen, die derzeit in der Turnhalle sind, dann habe ich das Gefühl, dass noch nicht alle im Katastrophenmodus angekommen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bitte wirklich darum, dass wir alle dabei helfen, Lösungen zu finden.

Thema Finanzierung. Selbstverständlich ist es jetzt wichtig, Wohnraum zu finanzieren, auch so viel Wohnraum anzumieten, wie man irgend kann. Das allein wird allerdings nicht reichen. Das ist schon angesprochen worden. Etliche werden hierbleiben. Es wird um Integrationsleistungen gehen, und es wird auch Kosten und Aufgaben bei den Kommunen geben. Ich weiß auch, dass der Staat nicht immer alles ersetzen kann. Das wird auch nicht so sein. Aber wir werden schon Budgets vorsehen müssen, aus

denen wir Integrationsleistungen mitfinanzieren und die Kommunen unterstützen, um die schwierige Situation vor Ort bestmöglich zu schultern.

Wichtig ist auch – das will ich einmal sagen –, dass die Eigentümer, die uns Wohnraum vermieten, dies auch zu marktüblichen Preisen tun. Also braucht man auch verantwortungsvolle Eigentümer. Dahin geht meine Bitte. In den vergangenen Krisen gab es immer wieder Leute, die versucht haben, aus Krisen Profit zu schlagen. Ich hoffe, das können wir dieses Mal vermeiden.

Ein gewaltiges Thema, vor dem wir stehen werden, wird erkennbar, wenn wir sehen, dass viele Kinder zu uns kommen. Das ist die Kinderbetreuung. In den Kommunen bestehen reihenweise Wartelisten, ganz ohne diese Situation. Es gibt einen Fachkräftemangel, ich möchte fast sagen, ohne Ende. Nun rächt es sich, dass man in der Vergangenheit die Rahmenbedingungen in diesem Bereich nicht so verbessern konnte, dass wir ausreichend Fachkräfte haben. Die Rahmenbedingungen sind schlecht, und meines Erachtens hätte man in der Vergangenheit mehr in Qualität investieren müssen. Dass das nicht geschehen ist, fällt uns jetzt auf die Füße. In der aktuellen Notlage – dessen müssen wir uns bewusst sein – werden wir den Perfektionsanspruch an einigen Stellen allerdings nicht erfüllen können, sondern wir müssen jetzt schauen, dass wir das Beste daraus machen. Meines Erachtens müssen wir auch die geflüchteten Erwachsenen fragen, welche Qualitäten sie haben, ob jemand Erzieherin oder Erzieher gewesen ist, ob jemand Grundschullehrerin oder Grundschullehrer war.

So ist die Situation. Ich würde gern alle Kinder in unseren Kitas im Regelbetrieb unterbringen und integrieren. Aber wir wissen nicht, wie viele noch kommen, und wir müssen ehrlich sein und sagen, dass die Lage ernst ist, dass wir Notlösungen benötigen werden und dass wir Menschen, die zu uns kommen, einbinden müssen. Auch die schnellere und leichtere Anerkennung ausländischer Fachkräfte ist ein wichtiger Baustein.

Dieses Thema ist in der Vergangenheit oft belächelt worden; aber es ist zwingend notwendig, die Rahmenbedingungen im gesamten Bereich der frühkindlichen Bildung endlich so zu verbessern, dass nicht nur mehr Menschen eine entsprechende Ausbildung machen, sondern dass uns auch die erfahrenen, guten Fachkräfte in diesem Bereich erhalten bleiben. Ansonsten bestehen künftig im Bereich der frühkindlichen Bildung für die Kinder, für die Eltern, für den gesamten Standort Bayern massivste Probleme. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen. Hier sind dringend Investitionen in die Qualität und in die Rahmenbedingungen geboten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und wo wären wir ohne das Ehrenamt im Katastrophenschutz? – Das muss man sich auch einmal vor Augen halten. Ich schließe alle Organisationen mit ein, die Weißen, die Roten, die Blauen. Man muss sich einmal überlegen, welche Katastrophen wir in den letzten Jahren hatten: die Flüchtlingssituation, die Corona-Pandemie, das Hochwasser im Ahrtal, bei dem auch viele aus Bayern im Einsatz waren. Jetzt haben wir diese Situation. Es gibt sehr viele Menschen, die im Grunde von einer Katastrophe zur anderen im Einsatz und hoch belastet sind. Ich glaube, es wird der Moment kommen – nein, dieser Moment ist jetzt –, in dem man darüber nachdenken muss, dass eine Anerkennung in Form der örtlichen Ehrenamtskarte auf Dauer nicht ausreichen wird. Vielmehr müssen wir uns zusammensetzen und uns darüber unterhalten, wie man Menschen, die für unsere Gesellschaft im Katastrophenschutz zu jeder Tages- und Nachtzeit im Einsatz sind, eine echte Wertschätzung und Anerkennung zukommen lassen kann. Ich mache heute bewusst keinen Vorschlag, weil ich glaube, dass wir das in einem Konsens schaffen müssen. Es gibt immer weniger Leute, und die Wenigen werden immer stärker belastet. Meiner Ansicht nach ist es wirklich notwendig und dringend geboten, unser Ehrenamt in diesem Bereich zu stärken und mehr wertzuschätzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage das hier in aller Ernsthaftigkeit; denn es gibt ja die verschiedensten Prognosen darüber, was in nächster Zeit noch auf uns zukommen wird. Vielleicht kommt es auch nicht so schlimm. Vielleicht übertreibe ich ein bisschen. Vielleicht werden es nicht ganz so viele. Aber Gewissheiten haben wir keine. Wir müssen uns mit Worst-Case-Szenarien beschäftigen. Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen: Was ist denn, wenn bis zu 10 Millionen Menschen die Ukraine verlassen? – Mein Eindruck ist: Wir haben jetzt noch fast einen kleinen Puffer, weil unsere osteuropäischen Nachbarn hervorragend arbeiten und sehr viele Menschen aufnehmen und weil wir viele privat unterbringen können. Aber dieser Puffer kann sehr schnell aufgebraucht sein.

Daher sage ich Ihnen: Die Lage ist äußerst ernst. Wir sind im Katastrophenmodus, und es ist erforderlich, dass alle Beteiligten gemeinschaftlich und auf Augenhöhe in einem Wettstreit um die beste Idee und nicht um die massivste Schuldzuweisung arbeiten, um diese Krise einigermaßen zu überstehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich die SPD fragen, ob sie bei der Wahl des Titels der Aktuellen Stunde nicht einen kleinen Fehler gemacht hat. Sie hätten titeln sollen "Statt destruktiver Oppositionspolitik in München: Hausaufgaben in Berlin machen!"

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber dann haben die Kollegen Adelt und Becher gesprochen, und ich muss sagen, insbesondere die Rede des Kollegen Becher hat sehr viel von einem Ansatz konstruktiver Oppositionspolitik enthalten. Deswegen kann ich zumindest nach den ersten beiden Reden zu diesem Tagesordnungspunkt diesen Vorwurf an die SPD nicht mehr aufrecht erhalten.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es ist wahr: Wir werden nicht alle Standards, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben, halten können. Wir müssen schauen, dass wir es besser machen als 2015. Damit meine ich weniger den Freistaat Bayern, sondern schaue eher nach Berlin. Dort ist im Jahr 2015 vieles nicht gut gelaufen. Ich denke, wir haben damals in Bayern wirklich das Beste daraus gemacht. Aber auch hier gibt es noch einiges, was zu verbessern wäre. Ich schaue jetzt in das gesamte Parlament und erinnere daran, dass wir hier einmal, ich meine, 22 Stunden am Stück gesessen sind und sehr weit an der Realität vorbei über ein Leitkulturgesetz debattiert haben.

Ich kann nur sagen: Im Nachhinein betrachtet haben wir das mit der Integration sehr gut hinbekommen. Insoweit danke ich unserem Innenminister Joachim Herrmann, unserem langjährigen Staatssekretär Gerhard Eck, allen Mitgliedern der damaligen und der jetzigen Staatsregierung und dem gesamten Parlament, aber insbesondere und in allererster Linie den Kommunalpolitikern, den Bürgermeistern, den Landräten, den Ehrenamtlichen, die der Kollege Becher angesprochen hat, den Menschen, der Gesellschaft. Wir haben das gemeinsam bewältigt. Etwas, was von der damaligen Kanzlerin Angela Merkel großspurig angekündigt, aber nicht gut gemanagt wurde, haben wir tatsächlich gut hinbekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt einiges besser hinbekommen als damals. Die Dinge liegen doch auf der Hand: Als Erstes brauchen wir Planungssicherheit. Da ist jetzt in der Tat der Bund angesprochen. Wir müssen wissen, wie die Flüchtlinge verteilt werden. Stichwort Königsteiner Schlüssel: Wer bekommt wie viele? Mir reicht es nicht, dass man sagt: Ja mei, die gehen halt dorthin, wohin sie wollen. – Nein, das können wir schon steuern; denn viele der Flüchtlinge werden Sozialleistungen beziehen, und insoweit haben wir mittelbar die Möglichkeit, auf eine Residenzpflicht zu dringen.

Als Zweites müssen wir unbedingt und schnell die Arbeitsfähigkeit klären. § 24 des Aufenthaltsgesetzes macht gewisse Vorgaben. Wir müssen versuchen, dies unbürokratisch hinzubekommen. Natürlich suchen wir Arbeitskräfte; aber nicht jeder wird zum Arbeiten in der Lage sein. Der eine oder andere ist traumatisiert, weil er schlimme Erfahrungen – Erfahrungen in der Heimat, Fluchterfahrungen – machen musste. Wir müssen auch sehen, dass diesmal – anders als 2015 – im Wesentlichen Frauen und Kinder zu uns kommen. Darauf werden wir uns einstellen müssen.

Wir stehen in den Bereichen Unterbringung – auch Unterbringung in Kindertagesstätten – und Beschulung, aber auch im psychologischen und im medizinischen Bereich vor großen Herausforderungen. Wir werden diese Herausforderungen bestmöglich bewältigen; dessen bin ich mir sicher.

Ich sage ausdrücklich Danke für Ihre klare und deutliche Positionierung, Kollege Becher. Ja, das müssen wir gemeinsam hinbekommen. Es darf nicht in kleinlichen Streit – dieses passt nicht, jenes passt nicht – ausarten. Wir werden versuchen, es gemeinsam zu bewältigen. Wir werden es schaffen; aber wir müssen hier an einem Strang ziehen. Es ist eine riesige humanitäre Aufgabe, der wir alle uns angesichts eines menschenverachtenden Angriffskriegs der Russen gegen die Ukraine stellen müssen. Wir können dankbar sein, dass wir in diesen Krieg nicht unmittelbar hineingezogen sind.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, die Redezeit.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Dann können wir wenigstens das Unsrige dazu tun, dass die humanitäre Herausforderung in unserem Land gut bewältigt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Franz Bergmüller (AfD)**: Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein Dank auch von meiner Seite. Einige in meinem Freundeskreis haben völlig selbstlos sofort das Auto oder den Sattelschlepper vollgepackt, sind an die polnische Grenze gefahren und haben dann in die Ukraine übergesetzt. Diesen ehrenamtlich tätigen Menschen gebührt unser aller Dank. Nur durch sie konnte das erste Leid abgemildert werden.

Der Titel der Aktuellen Stunde ist schon interessant – ich hatte eine ganz andere Rede vorbereitet –: "Statt destruktiver Oppositionspolitik ..."; so haben Sie sie überschrieben. Man könnte es auch so sagen: "Destruktives Regierungshandeln: Auswirkungen auf die Kommunen".

Man betrachte das, was meine Vorredner gesagt haben, unter anderem zur Wehrpolitik. Jetzt gehe natürlich auch ich darauf ein. Wenn fachfremde Ministerfrauen als Verteidigungsminister berufen werden, dann frage ich mich, wie weit es mit unserer Wehrfähigkeit gekommen ist. Minister müssen diejenigen sein, die Ahnung davon haben. Wir hatten als Ministerinnen "Flinten-Uschi" und Kramp-Karrenbauer. Heute haben wir Christine Lambrecht und, nicht zu vergessen, Eva Högl als fachfremde Wehrbeauftragte; sie hat einen SPD-Fachpolitiker ausgestochen, bloß weil der Proporz stimmen musste.

Und bei der CSU? – Nicht vergessen ist unser Freiherr von und zu Guttenberg, die Rakete der CSU, die die Wehrpflicht ausgesetzt hat. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir heute über die Folgen reden.

(Beifall bei der AfD)

Kommen wir zum Thema "destruktive Oppositionsarbeit". Ich sehe eine destruktive Regierungsarbeit. Ein Beispiel ist der vorgeschlagene Tankrabatt, der von einem Vorredner von der CSU schon als Bürokratiemonster tituiert worden ist.

Denken wir doch einmal an die Leute draußen, daran, was dort wirklich passiert: Wer 60 Kilometer zur Arbeit fährt, hat 100 Euro Tankkosten mehr im Monat. Das muss ausgeglichen werden, zumal er, wenn er ein Eigenheim hat, gleichzeitig eine Verdreifachung des Heizölpreises gegenüber dem Vorjahr – bzw. eine Verdoppelung des Gaspreises, wenn er eine Gastherme hat – verkraften muss. Wer Mieter ist, kriegt demnächst vom Vermieter oder der Hausverwaltung Post, in der ihm mitgeteilt wird, dass die Nebenkostenvorauszahlungen erhöht werden müssen. 100 Euro mehr im Monat sind bei einer mittelgroßen Wohnung ganz normal. So hohe Nachzahlungen werden zu erwarten sein.

Wir brauchen die sofortige Zurückführung der Mehrwertsteuer auf das Mindestmaß. Von irgendjemandem wurde heute bestritten, dass das machbar sei. Polen, Ungarn und Kroatien machen es uns vor.

Eine Energiesteuersenkung wurde schon angesprochen. Wir aber sind der Meinung, dass die CO<sub>2</sub>-Steuer ausgesetzt werden muss – mindestens! Wir sind ohnehin grundsätzlich anderer Meinung. Aber zumindest in dieser Situation muss das geschehen; auch das ist heute schon angesprochen worden.

Wir brauchen die Anpassung der Hartz-IV-Sätze und der Grundsicherung im Alter; auch das ist klar.

Jetzt noch ein Wort zur Regierungsverantwortung von CDU und CSU: Die Zeitung "The Wall Street Journal" kürte die Energiepolitik der Union 2019 zur "weltdümmsten Energiepolitik".

Andere Themen sind heute auch angesprochen worden. Den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Isar 2 haben wir x-mal gefordert; Kollege Hahn hat es in seiner heutigen Zwischenbemerkung erwähnt, Kollege Henkel beim letzten Mal. Den Weiterbetrieb moderner Kohlekraftwerke hat Herr Aiwanger beim letzten Mal erwähnt.

Kommen wir jetzt zum zweiten Teil des Titels der Aktuellen Stunde: Bayerns Kommunen für die Herausforderungen rüsten! – Der Straßenbau ist chronisch unterfinanziert. Das hatte mein Vorgänger im Landtag, der CSU-Abgeordnete Josef Heiler, schon in den Siebzigerjahren gesagt. Bis heute hat sich nichts geändert. Wir müssen das Bayerische Straßen- und Wegenetz so ändern, dass jeder Kilometer Straße mit bis zu 2.000 Euro gefördert werden kann.

Wir brauchen einen umfassenden gemeinsamen Ansatz, um den Wohnungsbau zu fördern. Für die BayernHeim hat man einen Sündenbock gefunden; Kerstin Schreyer wurde abgelöst. Sie kann im Grunde genommen gar nichts dafür. Das hatte Herr Söder aufs Gleis gesetzt, aber nicht mit Leben erfüllt.

Wir brauchen die Ganztagsbetreuung. Das Konzept muss demnächst vorgelegt werden. Wir diskutieren in den Gemeinden pausenlos darüber, wie wir das umsetzen sollen; denn wir sind schon unter Druck.

Wir brauchen eine Revitalisierung der Innenstädte.

Wir brauchen die Digitalisierung der Verwaltungsportale. Das Online-Zugangsgesetz muss bis Ende 2022 umgesetzt werden.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an die Redezeit.

**Franz Bergmüller (AfD):** Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion. Herr Muthmann, Sie haben das Wort.

**Alexander Muthmann (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von München aus Wahlkampf in Berlin machen? Das Problem ist in den Blick genommen worden, und es wird sich nicht ganz vermeiden lassen. Aber ich glau-

be, dass wir insgesamt gut beraten sind – das gilt also auch für die Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN –, auch mit Blick auf ein erwartetes gutes Wahlergebnis gute Politik vor allem in Bayern zu machen, und zwar im Rahmen unserer Zuständigkeiten, das heißt, bezogen auf die Vorhaben, die wir selbst in Angriff nehmen können. Kollege Bergmüller hat gerade illustriert, wie man in Bayern über Politik reden, aber sich im Wesentlichen nur mit Fragen der Bundespolitik befassen kann. Das ist zu wenig.

Ich will Ihnen zu ein paar Aspekten spezifisch bayerische Problemstellungen vortragen, auch ergänzend zu dem, was die Kollegen Adelt und Becher gesagt haben. Vieles könnte ich wiederholen. Dann wäre die Redezeit um. Daher will ich es an dieser Stelle nicht tun.

Betonen möchte ich, dass wir uns bei den Flüchtlingen, die aus der Ukraine zu uns kommen, natürlich in erster Linie um das Schicksal der Kinder zu kümmern haben. Dann geht es um die Frage, wie wir mit all den Flüchtlingen umgehen, das heißt, welche Qualifikationen sie haben und wie wir sie behutsam in unsere Gesellschaft einführen können. Wir müssen darüber reden, wie wir damit bestmöglich vorwärtskommen.

Die Menschen im Ehrenamt leisten auch zurzeit Großartiges. Sie haben vieles ganz unkompliziert einfach auf den Weg gebracht, was wir innerhalb der staatlichen und kommunalen Strukturen so schnell nicht in den Griff bekommen hätten.

Ich will einen Aspekt, der immer noch der Bewältigung harrt, ergänzend nennen: die verwaltungsmäßige Behandlung der Flüchtlinge. Es muss uns gelingen, die Dinge im Rahmen einer One-Stop-Agency zu behandeln. Wenn die Flüchtlinge bei einer öffentlichen Stelle, sei es in der Kommune, beim Kreisverwaltungsreferat oder sonst wo, vorsprechen und ihre Situation schildern, müssen damit auch alle anderen Verwaltungsverfahren erledigt werden können. Allein der Gedanke, in welcher Situation die Flüchtlinge sind, macht deutlich, dass diese Problemstellung ganz unverzichtbar ist.

Ein Beispiel, das wir gerade erst erlebt haben: Private bieten eine 80-Quadratmeter-Wohnung an und sagen, sie würden diese gerne für eine Familie oder vielleicht zwei kleine Familien zur Verfügung stellen. Aus kommunaler Mitarbeiterschaft wird ihnen entgegengebracht: Auf 80 Quadratmeter passen zehn Leute; unter zehn Leuten machen wir das nicht. – Das hat natürlich zum Scheitern dieser Bereitschaft geführt.

Das sind hoffentlich Einzelfälle. Aber ich bitte, noch mal ganz deutlich herauszuarbeiten, welche Chancen und welche Verpflichtungen wir auch gegenüber diesen Flüchtlingen haben.

Zwei andere Aspekte will ich zumindest noch ergänzt haben, die unsere Menschen natürlich auch beschäftigen, und das mit der Frage verbinden, was im kommunalen Bereich möglich oder auch wichtig ist: Die Energiepreisentwicklung bei Diesel und Benzin macht es natürlich notwendig, über Entlastungen gerade auch für die nachzudenken, die viel fahren – und das sind diejenigen, die im ländlichen Raum unterwegs sind.

Das ist weitestgehend ein Bundesthema. Aber wenn man über die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs nachdenkt, ist es schon auch ein Thema des Freistaats, zusätzlich verbesserte Lösungen möglich zu machen. Wir haben in den letzten Jahren zurückgehende Sätze der staatlichen Förderung für die Kommunen beobachtet. Das muss sich auch unter dem Eindruck der aktuellen Geschehnisse und Entwicklungen verbessern. Viel mehr Menschen werden darüber nachdenken, den ÖPNV mehr zu nutzen. Aber das muss nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch in den ländlichen Räumen verbessert möglich werden. Das ist eine dringende Aufgabe der Kommunen, aber sie ist leistbar mit Unterstützung des Freistaates an dieser Stelle. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist in aller Kürze: Weg frei für erneuerbare Energien! Das gilt eben auch bei der Windkraft. Der Ministerpräsident hat heute gesagt, 10 H sei gar kein Problem, das sei in Bayern nur ein geografisches Problem. – Da muss ich ihm entgegen-

halten: Dann spricht nichts dagegen, 10 H abzuschaffen, wenn die Geografie die Entwicklung als solche bewirkt und maßgeblich bestimmt. Wir werden dann sehen, wie sich die Dinge weiterentwickeln. – Auch da müssen wir den Kommunen sehr viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben. Die CSU und die FREIEN WÄHLER müssen endlich ihre Blockadehaltung aufgeben. Auch das besorgt die Bürger, und das besorgt die Kommunen.

Es gäbe sehr viel mehr zu sagen. Angesichts der zeitlichen Beschränkung muss ich mich darauf reduzieren. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Alles Weitere in weiteren Debatten.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Karl Straub von der CSU-Fraktion.

**Karl Straub (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche habe ich gezittert, weil ich wütend war. Heute muss ich sagen: Die Diskussion, die wir heute miteinander führen, ist wahnsinnig wohltuend. Herr Becher, ich hoffe, ich bringe Sie bei den GRÜNEN jetzt nicht in Schwierigkeiten, aber wenn ich die Rede von Frau Demirel in der letzten Woche, die nur gemeckert und geschimpft hat, und Ihren sehr konstruktiven Ansatz heute übereinander lege, dann finde ich, der ist aller Ehren wert. Ich würde mir mehr Becher-Grün als Demirel-Grün wünschen. Ich glaube, dann kommen wir insgesamt weiter.

Nur haben Sie meinen geschätzten Kollegen Tobias Reiß kritisiert und gesagt, er wäre destruktiv unterwegs. Das ist er aber überhaupt nicht, sondern er hat weitere konstruktive Vorschläge gemacht, wie wir in dieser schwierigen Zeit gemeinsam vorankommen.

Bei Herrn Adelt wurde auch schon angesprochen: Das Einzige, was nicht passt, ist die Überschrift, weil wir keine destruktive Oppositionspolitik betreiben, sondern ich glaube,



wir erleben heute einen sehr konstruktiven Austausch über die Dinge, die vor uns liegen.

Ich darf heute für die CSU-Fraktion den Part zum Thema Flüchtlinge übernehmen. Ich glaube, wir brauchen nicht mehr auf die dramatische Situation in der Ukraine hinzuweisen. Da passiert größtes Leid. Das können wir alle jeden Tag nur sehr bedauern. Wie ist die Situation jetzt in Deutschland? – Wir haben momentan 150.000 Flüchtlinge in Deutschland, davon 50.000 in Bayern. Ich glaube, die große Schwierigkeit, die wir alle hier gesehen haben, ist, dass die Flüchtlingszahlen nicht abschätzbar sind. Wir haben letzte Woche von unserem Innenminister gehört, dass er vorerst mal mit 100.000 in Bayern rechnet. Ob das haltbar ist, kann heute, glaube ich, keiner prophezeien, sondern wir müssen uns eben bestmöglich vorbereiten.

Ich glaube, dass es in jede Rede gehört, dass wir uns bei denen bedanken, die mit der Situation momentan umgehen: bei den Hilfsorganisationen, bei den Ehrenamtlichen, bei den Behörden. Aber ein ganz besonderer Dank geht wirklich auch an unsere Staatsregierung, an unseren bayerischen Innenminister, der die Situation 24 Stunden an sieben Tagen die Woche beobachtet. Ich frage mich manchmal, wann er schläft, weil er da wirklich ganz hervorragende Arbeit leistet. Lieber Joachim Herrmann, herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich blicke dann immer gerne auf mein eigenes Landratsamt, auf die eigenen Kommunen in meinem Stimmkreis und sehe, was auch dort geleistet wird. Auch dort ist alles unabsehbar. In meinem Landkreis Pfaffenhofen wurden Anfang letzter Woche 30 Flüchtlinge aufgenommen. Jetzt sind wir schon nahe 500. Hier wird wirklich jede Anstrengung unternommen, um diese Menschen menschenwürdig unterzubringen. Deswegen auch ein ganz großer Dank an die Kommunen!

Insofern brauchen wir auch mehr Ordnung, und das sehen inzwischen alle ein. Wir brauchen Registrierungen, wir brauchen auch den Königsteiner Schlüssel. Das wurde

anfangs noch von der Frau Innenministerin im Bund anders gesehen. Aber sie hat inzwischen eingelenkt. Da brauchen wir auch nicht nachzutarocken. Das ist gut. Wir müssen innerhalb von Deutschland verteilen. Heute geht noch mal die ganz große Bitte an die Ampelkoalition: Wir hatten große Einigkeit in Europa, aber wir müssen auch noch mal über die europäische Verteilung reden; denn ich befürchte, dass die europäischen Länder verständlicherweise nicht unbedingt "Hier!" schreien werden, wenn es um die Verteilung der Flüchtlinge geht. Ich glaube, wir brauchen auch dafür einen festen Schlüssel.

Im Endeffekt geht es nur darum, die Akzeptanz zu erhalten, die momentan in der Bevölkerung ganz groß ist, dass sie sehen, das Ganze geht gerecht zu. Wir können unseren ukrainischen Freunden nur effektiv helfen, wenn sie in der Bundesrepublik gut verteilt werden und wenn sie auch innerhalb Europas gut verteilt werden. Das ist meine feste Überzeugung.

Wenn ich über Akzeptanz rede: Wir haben sehr viele Schwierigkeiten auch in der eigenen Bevölkerung. Die Ukraine-Krise trifft am allerschlimmsten natürlich die Ukraine selber. Der Krieg ist furchtbar. Aber die Auswirkungen sind halt auch in Deutschland zu sehen. Wir haben es in der Regierungserklärung gehört. Bitte lasst uns auch an die kleinen Menschen hier in Deutschland denken. Lasst uns an die Mittelständler denken, lasst uns auch an die Industrie denken. Jeder braucht unsere Hilfe. Aber ich habe heute ein sehr gutes Gefühl, dass wir das gesamtparlamentarisch und gesamtgesellschaftlich lösen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Nun rufe ich als nächste Rednerin die Kollegin Gabriele Triebel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. Frau Triebel, Sie haben das Wort.

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde ist sehr weit gefasst, und als ge-

lernte Lehrerin möchte ich hier heute die Debatte auf den bildungspolitischen Aspekt lenken.

Wir alle wissen, dass die größte Aufgabe eines Bundeslandes die Bildung ist. Ein Blick in unseren Haushalt zeigt: Fast zwei Drittel der Ausgaben sind im Bildungshaushalt zu finden. Die wichtigsten Partner der schulischen Bildung sind die Sachaufwandsträger, die dem Freistaat bei der Umsetzung der Bildungshoheit zur Seite stehen, also die Kommunen. Doch die Partnerschaft hört beim Geld leider oft auf. So schiebt die Staatsregierung eigene Aufgaben in der Bildung sehr gerne den Kommunen zu, siehe die Digitalisierung, wo es Kämpfe gebraucht hat, damit die Kosten der IT-Betreuung an den Schulen zu 50 % vom Land übernommen werden, oder die Ganztagesbildung, die zusammen mit den Kommunen umgesetzt werden muss. Der Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung kommt 2026. Dafür ist vonseiten der Staatsregierung leider noch keinerlei Bewegung zu erkennen. Deshalb mein Appell: Setzen Sie sich jetzt mit den Kommunen zusammen, denn wir brauchen 2026 fertige Konzepte, um keinen Holperstart hinzulegen. Gut starten, das ist das Stichwort für die aktuellen Herausforderungen.

Fast drei Millionen Menschen sind bereits aus der Ukraine vor Putins Angriffskrieg geflohen. Es werden noch viel mehr werden. In der Hauptsache kommen Mütter mit ihren Kindern, die bei uns Gott sei Dank eine sichere Zuflucht finden. Vor allem gilt es, den Kindern so schnell wie möglich ein sicheres Ankommen zu ermöglichen, damit sie durch einen geordneten Alltag wieder Halt und Sicherheit erfahren.

An Bayerns Schulen sollen erst einmal Willkommensgruppen eingerichtet werden. Das, verehrte Staatsregierung, ist erst einmal keine schlechte Idee. Doch sollten Sie dabei tunlichst die Fehler vermeiden, die Sie in Corona-Zeiten gemacht haben. Ich meine die überbordende Bürokratie bei der Einstellung von Drittkräften, die mangelhafte Zahlungsmoral genau gegenüber diesen Kräften und die sehr dürftige Zusammenarbeit mit den Sachaufwandsträgern, den Kommunen.

Was müssen wir jetzt sofort tun? – Statten Sie als Erstes die Schulen und Sachaufwandsträger möglichst schnell und unkompliziert mit genügend finanziellen Mitteln aus, die sie für zusätzliches Personal und Räume für diese Willkommensgruppen benötigen.

Stellen Sie zweitens Online-Plattformen zur Verfügung, aber bitte nicht mit den Funktionen von Mebis, wo sich ukrainisch- oder russischsprachige Lehrkräfte und Hilfspersonen melden können. Die brauchen wir jetzt unbedingt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen Plattformen, auf denen sich Geflüchtete in ihrer Sprache eine Orientierung über unser Bildungssystem verschaffen können. Wenn neu ankommende Geflüchtete spätestens ab Herbst in die Schulen drängen, brauchen sie diese Orientierung. Entlasten Sie endlich das Rückgrat der Schulen, die Schulleitungen, vor allem die Schulleitungen der Grund- und Mittelschulen. Entbinden Sie diese jetzt endlich von ihren zusätzlichen Unterrichtsverpflichtungen. Lehrkräftemangel, Corona und Integration zu managen, bringt Schulleitungen immer mehr an den Rand ihrer Kräfte. Das darf nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die großen Herausforderungen für unsere Schulen werden im Herbst kommen. Da wird es richtig losgehen. Geflüchtete Kinder müssen in unser Schulsystem integriert werden. Das muss jetzt vorbereitet werden. Wir brauchen dann mehr Deutschklassen, mehr Vorkurse Deutsch, mehr schulpsychologische Unterstützung. Vorausschauendes Handeln ist also jetzt angesagt, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Staatsregierung. Machen Sie es deswegen jetzt besser als bei der Corona-Pandemie, in der Sie die Schulgemeinschaft und die Kommunen nicht nur einmal im Regen haben stehen lassen. Erledigen Sie jetzt Ihre Hausaufgaben, damit wir den geflüchteten Kindern und Jugendlichen einen ersten Halt in ihrer neuen Welt geben können und damit wir im Herbst einen guten Schulstart für alle haben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Robert Riedl. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Robert Riedl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Statt destruktiver Oppositionspolitik in Berlin: Hausaufgaben in Bayern machen und Kommunen für Herausforderungen rüsten!" Ich weiß nicht, was die SPD mit ihrer aggressiven Formulierung des Titels dieser Aktuellen Stunde erreichen will. Ich gehe aber davon aus, dass Sie Ihr eigenes Verhalten im Landtag nur zu anderen Gruppierungen nach Berlin transferieren wollen.

Bayerische Kommunen für Herausforderungen rüsten! Für welche? – Um alle Herausforderungen hier anzusprechen, bräuchte ich acht Stunden. Ich gehe davon aus, dass Sie die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf unsere Kommunen meinen. Sie vermuten, dass unsere Landkreise und Gemeinden nicht darauf vorbereitet sind. Das mag in manchen Großstädten zum Teil der Fall sein. Im Übrigen aber läuft es bestens und gut koordiniert. Als Sie noch im Winterschlaf waren, haben wir FREIE WÄHLER schon mit den Landräten, Bürgermeistern und Hilfsorganisationen Nägel mit Köpfen gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

In zig Videokonferenzen haben wir dieses Thema besprochen. Da Sie dieses Netzwerk aber nicht haben, gehen diese Besprechungen nicht von Ihnen aus, denn auf dem Land sind Sie relativ spärlich besetzt.

(Zuruf von der SPD: Aber hallo!)

Wissen Sie überhaupt, wer sich als Erster über die Lage am Münchner Hauptbahnhof informiert hat? – Das war ich am letzten Dienstagabend. Ich habe mit der Caritas gesprochen und meine Erfahrungen sofort an meine Fraktion weitergegeben. Was ist am Mittwoch passiert? – Am Mittwoch in der Früh um acht Uhr hat unsere Fraktion rea-

giert und das Heft in die Hand genommen. Wo war der Münchner Oberbürgermeister? Ich glaube zu wissen, dass der Ihrer Partei angehört. Er musste erst von einem Mitglied unserer Fraktion angerufen werden, um in die Gänge zu kommen. Wäre das vielleicht Ihre Aufgabe gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD? Wäre das Ihre Hausaufgabe gewesen? In meinem Stimmkreis, dem Landkreis Cham, der bekanntlich der Landkreis mit der größten Fläche in Bayern ist und in dem der Grenzübergang Furth im Wald liegt, wo ein Großteil der geflüchteten Menschen aus der Ukraine ankommt, haben wir ein gut funktionierendes Koordinationssystem. Hinter mir sitzt der Kollege Hopp, der aus demselben Landkreis kommt. Er wird es bestätigen können.

Wir arbeiten mit den Gemeinden und Städten zusammen, um die Verteilung und Versorgung der Geflüchteten auf öffentliche, vor allem aber auch auf private Unterkünfte vorzunehmen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Helferinnen und Helfern, sowohl bei den freiwilligen als auch bei den beruflichen, bei den Hilfsorganisationen, aber auch bei den Bürgerinnen und Bürgern, welche Wohnungen, Zimmer, aber auch Lebensmittel, Kleidung oder Geld zur Verfügung stellen, recht herzlich bedanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich kann alles noch verbessert werden. Dazu brauchen wir aber Taten und keine schönen Worte. Das, liebe SPD, ist der gravierende Unterschied zwischen unseren Parteien: Sie reden, wir handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Um unsere Kommunen, die Ihrer Meinung nach finanziell im Stich gelassen werden, brauchen wir uns keine großen Sorgen zu machen. Hier greift Artikel 83 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung: Wer anschafft, der bezahlt. Das ist also das Konnexitätsprinzip. Wir FREIE WÄHLER haben da noch niemanden im Stich gelassen.

Mit dem unsäglichen Krieg in der Ukraine treten aber nicht nur Probleme für die Kommunen auf, sondern vor allem auch für ihre Bürgerinnen und Bürger, und das vor allem bei der Energieversorgung. Unseren heimisch nachwachsenden Rohstoff Holz verschmähen Sie vollends. Statt die Anschaffung von Hackschnitzelheizungen, Holzheizungen und -öfen, Pelletheizungen und -öfen zu forcieren, schaffen Sie die Förderung dafür ab. Ich weiß nicht, wie oft wir FREIE WÄHLER die Änderung dieses Zustandes schon gefordert haben. Unzählige Male! Passiert ist aber nichts.

Genauso verhält es sich mit den Biogasanlagen, der grünen Allzweckwaffe gegen die Abhängigkeit von russischem Gas. Die Betreiber dieser Anlagen könnten auf Mais vollkommen verzichten, wenn sie die Erlaubnis bekämen, Rasenschnitt, Mühlenabfälle oder ähnliche Abfallprodukte zu verwenden. Aber nein, wenn sie das tun würden, würden sie die Nawaro-Förderung verlieren, auf die sie angewiesen sind. Diesen Zustand müssen wir auf Bundesebene sofort ändern.

Meine Damen und Herren, nicht nachvollziehbar ist, dass die Betreiber einer Biogasanlage Pferdemist von Reittieren verwenden dürfen, –

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Robert Riedl (FREIE WÄHLER):** – aber nicht den Mist von Lastpferden.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Abgeordneter Martin Mittag. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Martin Mittag (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Bei dieser Aktuellen Stunde hat die SPD einen cleveren Schachzug vollzogen. Lieber Klaus, das war

nicht die Überschrift, zu der ich gleich noch komme, sondern es war sehr clever, dich hier vorne hinzustellen und nicht euren Fraktionsvorsitzenden, der nicht mehr da ist.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Klaus, du hast dafür gesorgt, dass wir gerade nicht destruktiv diskutieren. Herr Kollege Becher hat gesagt, wir bräuchten jetzt ein schnelles gemeinsames Handeln. Diese Überschrift bewirkt genau das Gegenteil. Die Überschrift passt sehr gut zu eurem Fraktionsvorsitzenden. Vorwürfe in einer Aktuellen Stunde lasse ich jetzt einfach mal weg. Ich will über die Hausaufgaben reden, die wir zum einen angehen, die zum anderen auch in Berlin gehört werden müssen. Berlin hat einen großen Anteil daran, dass wir uns gut aufstellen können in der Krise, die schon da ist und uns noch droht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bund muss für den Bereich Energie und Spritpreise Maßnahmen für Verbraucher und Wirtschaft ergreifen. Dabei darf kein Bürokratiemonster entstehen. Die meisten hier sind sich darüber einig. Wie alle anderen Vorredner möchte auch ich ein großes Dankeschön an alle Helferinnen und Helfer sagen, die jetzt mit anpacken. Sie haben sofort reagiert, ohne vorher groß zu fragen. – Ein großes Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU)

Man könnte sich fragen, warum ich zum Thema Energie spreche, wenn wir über die Kommunen reden. Die meisten in diesem Hohen Haus haben irgendetwas mit der Kommunalpolitik zu tun. Ich selbst durfte Bürgermeister sein. Sie wissen das genauso wie ich: Die Themen der einzelnen Bürger und der Wirtschaft sind auch die Themen der Kommunen. Die Kommunen wollen, dass es den Bürgern gut geht. Sie wollen aber auch, dass es ihrer Wirtschaft gut geht. Das macht den Ort, die Region, die Kommune zum einen lebens- und liebenswerter, zum anderen sorgt die Wirtschaft auch dafür, dass zum Beispiel Arbeitsplätze sicher sind. Das brauchen die Menschen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht destruktiv, wenn ich sage: Der Bund kann sich gerne eine Scheibe von Bayern abschneiden. Es ist auch nicht destruktiv, wenn ich sage: Bayerische Wege während der Corona-Pandemie wie die Soforthilfen und die Forderungen, die wir gestellt haben, kann sich der Bund gerne zum Maßstab nehmen, um den Menschen schnell und unbürokratisch zu helfen, sowohl den Privaten als auch den Unternehmern.

Jetzt komme ich auf die Überschrift der Aktuellen Stunde zurück sowie auf den nicht anwesenden Fraktionsvorsitzenden. Er hat während der Regierungserklärung über die Porschefahrer gesprochen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es mag schon sein, dass der eine oder andere einen Porsche fährt, wahrscheinlich auch der eine oder andere Unternehmer. Es ist jedoch der völlig falsche Ansatz, diese auszuklammern, wenn es um die Themen Energie und notwendige Hilfen geht. Wir brauchen diese Unternehmer. Diese brauchen jetzt die Unterstützung, weil sie nicht mehr wissen, wie sie bei den gestiegenen Energiepreisen die Arbeitsplätze erhalten können, die für unsere Bürgerinnen und Bürger so wichtig sind. Deshalb klammere ich den Porschefahrer nicht aus. Wir müssen das gezielt für die Wirtschaft und für Private auf die Reihe bekommen.

Ich muss mich ein bisschen beeilen, weil meine Redezeit sehr kurz ist. Man könnte sehr lange darüber diskutieren. Noch vor wenigen Tagen hat der Ampel-Finanzminister Reduzierungen beim Spritpreis kategorisch abgelehnt. Die Begründung hat mich schockiert. Ihm sei es lieber, mehr Geld für Sprit vom Bürger zu verlangen, weil dies Steuereinnahmen bedeute. Es wäre besser, wenn die Bürger das Geld dafür ausgeben als für etwas anderes, mit dem keine Steuern zu verdienen seien. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das der Ansatz ist, hat der eine oder andere in Berlin nichts verstanden. Bei uns im ländlichen Raum tankt man das Auto nicht voll, um Freizeitfahrten zu machen. Bei uns im ländlichen Raum ist das Auto der zentrale Anlaufpunkt, um zur Arbeit zu kommen und den Alltag zu bewältigen. Die Menschen müssen sich mit dem Auto bewegen. Sie brauchen auch bezahlbaren Sprit.

Deshalb fordern wir den Bund dazu auf, unbürokratisch schnelle Maßnahmen für die Verbraucher und die Wirtschaft gegen die extrem steigenden Energie- und Spritpreise zu ergreifen. Es braucht die Energiepreisbremse. Es braucht keinen Tankstellenrabatt. Dieser führt zur Verunsicherung. Er soll noch auf zwei Euro gedeckelt werden. Wenn wir das so machen, ist ein Bürokratiemonster damit fertig. Wir haben die Forderung an den Bund gestellt, nach der Senkung der Verbrauchsteuern auf Energie insbesondere bei der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu gehen. Wir haben gefordert, die Energiesteuer auf fossile Kraft- und Heizstoffe zu reduzieren sowie die Mehrwertsteuer auf Strom, Kraft- und Heizstoffe und Fernwärme temporär von 19 auf 7 % zu senken. Das wäre wirklich eine Entlastung.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Martin Mittag (CSU):** Ich muss zum Ende kommen. – Ich hoffe, Herr Kollege von Brunn ruft zu konstruktiver Arbeit auf. Ich hoffe, er nimmt sich das in seiner herzlichen Art zu Herzen und bringt das in den Landtag ein. Dann haben wir bei seinem Gewicht in Berlin etwas gewonnen.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Herr Staatsminister Joachim Herrmann. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass sich nach der etwas schwierigen Debatte in der vergangenen Woche ich heute die allermeisten Beteiligten um wesentlich mehr Konstruktivität bemüht haben. Wir setzen uns überwiegend sachlich mit den Herausforderungen, die vor uns stehen, auseinander.

Wir haben es durch diese von Putin angeordnete Invasion in der Ukraine mit schlimmen Schicksalen zu tun. Millionen Menschen befinden sich jetzt auf der Flucht. Neben der unmittelbaren Hilfe für die Ukraine ist die Aufnahme dieser Menschen, die in unser Land kommen, ein Gebot der Humanität und Solidarität. Es ist ein starkes Zeichen, dass in dieser Frage endlich einmal wieder die gesamte Europäische Union zusammensteht und gemeinsam diese Solidarität mit den Menschen aus der Ukraine zu leisten bereit ist. In dieser Situation müssen wir insgesamt zusammenstehen und zusammenwirken. Die Herausforderungen sind nicht klein. Das kann man nicht nebenbei erledigen. Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung von Europa, vom Bund, den Ländern und allen Kommunen. Alle müssen helfen. Ich bin sehr dankbar, dass eine großartige Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung heraus entstanden ist, die nicht vom Staat beschlossen worden ist. Es gibt unzählige Menschen, die nicht darauf warten, bis sie jemand anschubst. Sie sagen von sich aus: Ich will etwas tun. Ich will mithelfen. – Die einen spenden Sachen, die anderen spenden Geld. Viele sind unmittelbar persönlich aktiv. Einige machen das spontan nur jetzt, andere engagieren sich ständig ehrenamtlich. Das wurde schon zu Recht angesprochen.

Ja, wir haben den K-Fall auf diese Situation ausgedehnt. Ich glaube, das ist richtig und wichtig. Ich freue mich, dass das auf große Zustimmung im Hohen Haus stößt. Das gilt nach wie vor auch für die Pandemie-Situation. Wir sind die Einzigen in Deutschland, die diesen Weg gewählt haben. Wir können in der Tat auf das institutionalisierte Ehrenamt bei den Feuerwehren, in den großen Rettungsorganisationen wie dem Roten Kreuz, den Maltesern, den Johannitern, dem Arbeiter-Samariter-Bund und bei weiteren Organisationen zurückgreifen. Unzählige Menschen sind sowohl haupt- als auch ehrenamtlich aktiv. Es sind viele dabei, die sich bereits im Dauerstress befinden. Wir haben sie während der Pandemie andauernd gebraucht. Sie haben sich auch – das ist zu Recht angesprochen worden – am Einsatz für die Menschen in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Juli beteiligt. Zum Teil sind es immer wieder die Gleichen, die helfen, und jetzt sind sie schon wieder zur Stelle. Vielen herzlichen Dank für dieses großartige Engagement!

(Beifall bei der CSU)

Seit dem 1. März bis gestern Abend haben wir an den bayerischen Grenzen über 49.000 Bürgerkriegsflüchtlinge gezählt, die in unser Land gekommen sind. Manche von ihnen sind inzwischen schon wieder weitergezogen, weil sie in anderen Teilen Deutschlands oder Europas Verwandte und Bekannte haben. Das ist ihr Freiheitsrecht, das wir mit den europäischen Beschlüssen ermöglicht haben. Das ist so völlig in Ordnung. Immerhin wurden in Bayern schon 16.000 Flüchtlinge aus der Ukraine untergebracht. Das ist schon eine stattliche Zahl.

Heute wissen wir noch nicht, wie viele Flüchtlinge es noch werden. Wichtig ist, dass sich alle Städte und Landkreise darauf vorbereiten, dass es noch mehr werden. Deshalb müssen wir jetzt zügig vorankommen. Unsere sogenannten Anker-Einrichtungen sind inzwischen randvoll. Die Regierungen und die Kreisverwaltungsbehörden arbeiten mit Hochdruck daran, weitere Kapazitäten zu erschließen.

Allerdings ist es auch wichtig, dass diejenigen, die eine Unterkunft brauchen und dauerhaft bleiben wollen, gerecht verteilt werden. Die Diskussion der letzten zehn Tage war nicht einfach. Ich möchte darauf hinweisen, dass als erstes Land Berlin um Hilfe geschrien hat. Die Stadt Berlin hat erklärt, dass sie die Situation allein nicht mehr aushalte und der Bund dafür sorgen müsse, dass die Flüchtlinge auch auf andere Bundesländer verteilt würden. Dann kam das Land Brandenburg. Die Innenministerkonferenz tritt inzwischen mindestens einmal pro Woche per Videokonferenz zusammen. Der Innensenator von Hamburg hat erklärt, der Flüchtlingsstrom konzentriere sich derartig stark auf seine Stadt, dass Hamburg dies auf Dauer nicht aushalten könne.

Ich habe bei dieser Gelegenheit die Situation Münchens zur Sprache gebracht. Der Münchner Oberbürgermeister Reiter hat selbst unmittelbar mit der Bundesinnenministerin gesprochen. Bei unserem gemeinsamen Besuch am Münchner Hauptbahnhof hat OB Reiter zum Ausdruck gebracht, dass wir beide dankbar dafür sind, dass die Bundesinnenministerin nach der argumentativen Auseinandersetzung ihre Haltung ge-

ändert hat. Der Bundesverkehrsminister hatte ursprünglich geäußert, da könne man nichts machen, das sei die freiheitliche Entscheidung jedes Einzelnen, jeder könne dorthin gehen, wohin er will. – Inzwischen konnte eine Änderung in der Haltung der Bundesregierung erzielt werden.

Eines möchte ich unterstreichen: Wenn ein ukrainischer Flüchtling sagt, er hat einen Onkel in Köln oder eine Großmutter in Paris, dann darf er selbstverständlich dorthin gehen. Daran hindert ihn niemand. Da gibt es keinerlei staatlichen Zwang. Sobald ein ukrainischer Flüchtling jedoch eine staatliche Unterkunft benötigt, unabhängig davon, ob diese vom Freistaat, einer Kommune oder einer Einrichtung gewährt wird, sieht § 24 des Aufenthaltsgesetzes vor, dass eine Verteilung möglich sein muss, weil nicht alle Flüchtlinge zum Beispiel in Berlin untergebracht werden können. Das kann nicht funktionieren. Inzwischen leuchtet es den allermeisten Beteiligten ein, dass das EASY-Verfahren, das wir schon seit Jahren für die Asylbewerber anwenden, in den nächsten Tagen für die ukrainischen Flüchtlinge aktiviert wird. Dass wir dabei individuelle Wünsche so weit wie möglich berücksichtigen, ist völlig klar. Darum werden sich alle Länder bemühen. Eine gewisse Verteilung der Flüchtlinge ist aber notwendig.

Ich freue mich, dass wir in dieser Frage zu einer Verständigung gekommen sind. Wir möchten jetzt erreichen, dass wir vom Bund künftig früher Informationen bekommen. Die Bundesinnenministerin und der Bundesverkehrsminister haben zugesagt, dass eine gemeinsame Informationsstelle eingerichtet wird, über die die Länder frühzeitig darüber informiert werden, wann welche Sonderzüge wohin fahren, wie viele Flüchtlinge voraussichtlich in diesen Zügen sitzen usw. Alle Bundesländer, durch die diese Züge fahren, sollen frühzeitig informiert werden. Das geschieht nicht, weil ich persönlich diese Informationen bräuchte. Wichtig ist aber, dass sich zum Beispiel der Münchner Oberbürgermeister darauf vorbereiten kann, weil viele dieser Züge am Münchner Hauptbahnhof ankommen werden. Das gilt genauso für die Kommunen in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen usw. Wir sind hier gut vorangekommen.

Korrespondierend dazu werden wir im Innenministerium eine Koordinierungsstelle einrichten, die ab morgen handlungsfähig sein wird. Sie wird die Informationen vom Bund entgegennehmen und sie dann an die Kommunen weitergeben, die jeweils betroffen sind.

Da die Kosten angesprochen worden sind, möchte ich dazu eine klare Aussage treffen: Der Freistaat Bayern erstattet den Landkreisen und kreisfreien Städten die unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit angefallenen Kosten der erbrachten Leistungen zu 100 %. Dieses Verfahren läuft seit Jahren für alle Kosten für Asylbewerberunterkünfte, Verpflegung usw. und ist eingespielt.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben zwar durch die ukrainischen Flüchtlinge eine Sondersituation, aber die Verfahren sind eingespielt. Das ist nichts Neues. Das Verfahren unterscheidet sich jedoch von dem Verfahren in anderen Bundesländern, wo nur Pauschalen, aber keineswegs 100 % der Kosten erstattet werden. Seit einigen Jahren haben wir mit Zustimmung des Finanzministers das Verfahren, dass Landratsämter ihre Kosten unmittelbar zulasten der Staatskasse buchen können. Somit entsteht überhaupt keine Zahlungsverzögerung. Die kreisfreien Städte müssen ihre Kosten über die Regierungen abrechnen. In den letzten Jahren hat sich jedoch keine kreisfreie Stadt darüber beschwert, dass sie die von ihr abgerechneten Kosten nicht zeitnah von der jeweiligen Regierung erstattet bekommen hätte.

Meine Damen und Herren, wir sind auf einem guten Weg. Das gilt auch für die Registrierung der Flüchtlinge, die notwendig ist. Gott sei Dank haben wir in Bayern nicht Verhältnisse wie in Berlin. Ich habe heute in den Medien gelesen, dass das in Berlin zuständige Landesamt unter der Arbeitsbelastung quasi zusammenbricht. Dort wurde die Registrierung der Flüchtlinge eingestellt, weil das nicht mehr verkraftbar sei. Die zuständige Senatsverwaltung wird von der neuen Sozialsenatorin Katja Kipping geführt. In der Zeitung ist zu lesen, dass die Berliner Polizei bereit war, die Senatsverwal-

tung bei der Registrierung zu unterstützen, wie das in Bayern ganz selbstverständlich der Fall ist, zum Beispiel am Münchner Hauptbahnhof. Bei Frau Kipping ist die Polizei jedoch unbeliebt. Deshalb lehnt sie es ab, dass die Polizei die Registrierung übernimmt, obwohl ihre eigene Verwaltung am Zusammenbrechen ist. Das muss man sich einmal vorstellen.

Gott sei Dank haben wir diese Probleme nicht. Wir haben eine konstruktive Zusammenarbeit. Ich habe gestern mit dem Münchner Oberbürgermeister unterstrichen, dass bei uns Hand in Hand gearbeitet wird. Die Bundespolizei, die bayerische Polizei, die Landeshauptstadt München und die Helferinnen und Helfer von der Caritas, die am Münchner Hauptbahnhof einen 24-Stunden-Service organisieren, arbeiten sehr gut zusammen. Man muss sich das einmal vorstellen: Zu jeder Tages- und Nachtzeit haben die Menschen am Hauptbahnhof eine Anlaufstelle, bei der sie zu essen und zu trinken bekommen, auch nachts um drei Uhr. Das ist außergewöhnlich. Ich sage diesen Menschen ein ganz herzliches Dankeschön für diese großartige Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung: Heute wurde die Frage aufgeworfen, ob diese Menschen irgendwann in ihre Heimat zurückkehren werden. Das weiß heute niemand. Darüber müssen wir heute auch nicht spekulieren. Wir haben in den Neunzigerjahren mit den Flüchtlingen aus Jugoslawien die Erfahrung gemacht, dass nach dem Ende der Bürgerkriege in Jugoslawien etwa zwei Drittel der Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgekehrt sind, also nach Kroatien, Serbien oder Bosnien. Ein Drittel dieser Menschen ist hier im Lande geblieben, weil sie sich in der Zwischenzeit gut integriert und einen Arbeitsplatz gefunden haben. Das muss nicht so kommen, aber es kann so kommen. Wenn es so kommen sollte, dann ist das auch okay.

Wir müssen alle Optionen offenhalten. Wir müssen versuchen, alle, die sich auf Dauer bei uns aufhalten, bestmöglich zu integrieren. Sollten diese Menschen irgendwann in ihre Heimat zurückkehren wollen, können sie das selbstverständlich tun. Wenn wir sie

so gut integriert haben, dass sie sich hier wohlfühlen, engagierte Arbeitnehmer geworden sind und sich gut in unsere Gesellschaft eingebracht haben, dann wird uns das auch freuen. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir vor allem die Integration in den Arbeitsmarkt gut voranbringen; mein Ministerium und das Arbeits- und Sozialministerium sind mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und mit der Bundesagentur für Arbeit in intensivem Kontakt, um diesen Integrationsprozess möglichst schnell voranzubringen. Auch da können wir einiges bewerkstelligen. Das klappt nicht in wörtlichem Sinne alles bis morgen, aber ich bin sicher, dass wir das mit der Unterstützung der Städte und Landkreise sehr schnell voranbringen.

In diesem Sinne bin ich ausdrücklich für weitere Ideen und Vorschläge dankbar; wir greifen sie auf. Viele Oberbürgermeister und Landräte greifen sie auf. Ich will nicht behaupten, dass alles schon in Butter ist, und ich will nicht ausschließen, dass morgen irgendwo etwas nicht optimal läuft und wir irgendwo auch einmal wieder auf einen Bürokraten stoßen – das will ich überhaupt nicht ausschließen –, aber wenn wir alle gemeinsam daran arbeiten, das Tag für Tag noch besser zu machen, bin ich sicher, dass wir in der Tat diesen Menschen aus der Ukraine, die ein schreckliches Schicksal erfahren, hier eine gute vorübergehende oder auch neue Heimat bieten können. – Vielen Dank allen, die daran mitwirken.

(Beifall)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Die Aktuelle Stunde ist hiermit beendet.